

Einführung zum Vortrag von Lothar Brock „Was ist ein gerechter Friede?“ in der HAB (19.10.2010)

Wir bilanzieren in diesem Jahr 20 Jahre deutsche Wiedervereinigung, die möglich wurde, weil vor 20 Jahren der Ost-West-Konflikt zu Ende ging. So wir immer noch, wo schon eine neue Integrationsdebatte über Deutschland hinwegfegt, darüber debattieren, ob die deutsch-deutsche Integration gelungen ist, so verarbeiten wir immer noch dessen Spätfolgen. Dieser war nicht irgendein Konflikt, sondern seit Ende des 1. Weltkriegs, als Woodrow Wilson und Wladimir Iljitsch Lenin alternative Konzepte einer Weltordnung vorlegten, der Konflikt des kurzen 20. Jahrhunderts schlechthin mit Thematisierungsmacht für viele Konflikte - ob sie nun Nord-Süd, Nahost oder Indochina genannt wurden.

Mit dem Fall der Berliner Mauer, gar der Auflösung der Sowjetunion schien ein neues Zeitalter anzubrechen. Die Analytiker wetteiferten mit ihren Angeboten: Ende der Geschichte, Neue Weltordnung unter dem Dach der Vereinten Nationen, Global Governance als Antwort auf Globalisierung, Ausbreitung der Welt des Demokratischen Friedens - so die idealistischen Prognosen; Unipolar Moment, American Empire, Rückkehr der klassischen Großmachtkonflikte oder gar „Clash of Civilizations“ - so die realistischen Prognosen. Die Variante dazu lautete: Der Kalte Krieg war in Wirklichkeit ein Machtkonflikt um die Führung in der Welt, doch stände mit China schon ein neuer Her-

ausforderer bereit. Statt Clash of Civilizations drohe der Clash of Empires.

Die strategische Konsequenz für die US-Regierung lautete: Wir müssen den unipolaren Moment des Jahres 1990 nutzen, eine dauerhafte Führungsposition zu zementieren. Wer unsere Ordnung in Frage stellt, ob Terroristen, Schurkenstaaten, Organisiertes Verbrechen, Warlords oder regionale Führungsmächte, die nach Massenvernichtungswaffen streben, ist präventiv zu bekämpfen.

Weder die idealistischen noch die realistischen Prognosen sind eingetroffen, nur die neue Unübersichtlichkeit in den internationalen Beziehungen. Fest steht, daß die Welt nach 1990 keineswegs friedlicher geworden ist, nur wurde der klassische zwischenstaatliche Krieg durch das Phänomen der „Neuen“ oder „Asymmetrischen Kriege“ ersetzt, bei denen zwischen Krieg und Bürgerkrieg, innerhalb und über Grenzen hinweg kaum noch unterschieden werden kann. Die Motive und Anlässe sind nicht nur wie zu früheren Zeiten Macht, Einflußzonen und Rohstoffe, sondern auch das Ringen um die bessere Welt. Das gilt gerade für die „robusten“ militärischen Interventionen der UNO, die unter dem legitimierenden Begriff „humanitäre Intervention“ in den Zonen fragiler Staatlichkeit geführt werden. Dieser neue Begriff meint in etwa das, was man früher die „Dritte Welt“ genannt hat.

Das Verschwinden der Dritten Welt in den Zonen fragiler Staatlichkeit ist auch ein Erbe des Ost-West-Konflikts. Die Mili-

tär- und Finanzhilfe, die Berater und Entwicklungshelfer beider Seiten haben viele Klientelstaaten, gerade die postkolonialen Gebilde in Afrika, zu stabilisieren vermocht. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde die Hilfe des Ostens eingestellt, die Hilfe des Westens reduziert und an die politische Kondition des „good governance“ geknüpft, dem sich die „Schurkenstaaten“ nicht beugen mochten. Also sind viele regionale Konflikte wieder aufgeflammt. Die Bevölkerung war das eigentliche Opfer mit allen Schrecklichkeiten von Völkermord, Kriegsverbrechen, krassen Menschenrechtsverletzungen und Flüchtlingselend. Wenn die Kriegsökonomie zum Geschäft wird, schwindet bei den Warlords das Interesse am Frieden.

Darauf reagierte die UNO mit einem Prozeß, der 1992 durch die „Agenda for Peace“ des ehemaligen Generalsekretärs Boutros Ghali ausgelöst, durch den Bericht der International Commission on Intervention and State Sovereignty „The Responsibility to Protect“ (R2P) (2001) eine neue völkerrechtliche Qualität erreichte und durch Kofi Annans „In Larger Freedom: Towards Development, Security and Human Rights for All“ (2005) abgeschlossen schien. Demzufolge hat die Weltgemeinschaft nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, die Menschen in den Zonen fragiler Staatlichkeit zu schützen. Dem Menschenrecht wurde Vorrang gegenüber dem Staatenrecht eingeräumt. Das Kernargument lautet: Wenn ein Staat sein Gewaltmonopol verloren hat, wenn er nicht mehr in der Lage ist, seine Bürger zu schützen, hat er auch seine Souveränität verloren, ist die

Weltgemeinschaft gefordert, diesen Schutz, wenn es sein muß, durch militärische Intervention zu garantieren.

Damit hatte die Entwicklung des Völkerrechts eine neue Etappe erreicht. Die Herausbildung des modernen Staatensystems im Anschluß an den Westfälischen Frieden (1648) und den Frieden von Utrecht (1713) hieß Durchsetzung des Souveränitätsprinzips gegen universale Ansprüche von Kaiser und Papst. Zur Souveränität gehört auch das Recht zur Kriegführung, das *ius ad bellum*.

Eingehegt wurde das *ius ad bellum* seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch das *ius in bello*, das Kriegsrecht. Die Bemühungen des Internationalen Roten Kreuzes, die Haager Friedenskonferenzen, der Völkerbund, der Briand-Kellogg-Pakt und zuletzt die UNO-Charta sorgten dafür, daß die Restriktionen, die dem Krieg auferlegt wurden, immer härter wurden, bis zuletzt nur noch das Recht auf Landesverteidigung als legitimer Grund übrig blieb. Dieses Selbstverständnis hatte auch die Bundeswehr 40 Jahre lang. Aus dem *ius in bello* war das *ius contra bellum* geworden. Tatsächlich hatte nach 1945 nicht das Völkerrecht, sondern die Logik der Abschreckung regiert. Die Zweitschlagfähigkeit der Atommächte hat den 3. Weltkrieg verhindert.

Doch jetzt, paradoxerweise nachdem der Ost-West-Konflikt beigelegt ist, ist der Krieg zurückgekehrt, nicht nur als Krieg gewissenloser Warlords um rententrächtige Ressourcen in den Zonen fragiler Staatlichkeit, sondern auch durch die Armeen

aus Ländern stabiler Staatlichkeit mit demokratisch gewählten Regierungen. Auch die Bundeswehr führt den Neuen Krieg und wird dazu von einer Wehrpflichtarmee zur Abwehr eines sowjetischen Panzerangriffs zu einer professionellen Interventionsarmee weltweit umgebaut.

Damit ist das *ius ad bellum* zurückgekehrt. Um die Neuen Kriege des Westens zu legitimieren und in geregelte Bahnen zu lenken, bedurfte es einer neuen Logik. Diese fand man durch Rückgriff auf die alte Lehre vom gerechten Krieg, deren Wurzeln sich bis in die Antike zurückverfolgen lassen. In den Zeiten großer Kriege, nach dem Zerfall des Römischen Reiches, während der mittelalterlichen Kreuzzüge, der kolonialen Eroberungskriege im Zeitalter der Entdeckungen, während des 30jährigen Krieges hatte die Lehre Konjunktur. Unter den vielen Stammvätern ist Thomas von Aquin der prominenteste, der in seiner „*Summa Theologica*“ (sic!) die sechs Prinzipien formuliert, die erfüllt sein müssen, um einen Krieg als gerecht und damit als erlaubt erscheinen zu lassen. *Auctoritas principis* (1) - nur der oberste Fürst darf Krieg führen, ein Vorgriff auf das staatliche Gewaltmonopol - erscheint heute im Gebot der Mandatierung durch den Sicherheitsrat. *Iusta causa* (2), der gerechte Grund muß vorliegen - heute die krasse Verletzung von Menschenrechten. *Recta intentio* (3), die rechte Absicht muß gegeben sein. Schutz der drangsalierten Bevölkerung und nicht etwa Sicherung der Ölquellen. *Iusta pax* (4), der gerechte Friede muß das eigentliche Ziel sein, um künftigen Krieg zu vermei-

den. Ultima ratio (5), der Krieg als letztes Mittel, nachdem alle anderen ausgeschöpft sind. Wann dieser Punkt erreicht ist, darüber wurde z.B im Vorfeld der Kosovo-Intervention erbittert gestritten. Und schließlich debitus modus (6), die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Man darf nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen. Die Bundeswehroffiziere in Afghanistan stehen permanent vor dem Dilemma zwischen Schutz ihrer Leute und debitus modus, wenn sie in einer Gefechtssituation zögern, gar beim Einsatzführungskommando in Potsdam rückfragen.

Aus der R2P folgt, daß auch Demokratien zum Schwert und nicht zur Flugschar greifen, um Frieden zu schaffen, obwohl doch laut Immanuel Kants Klassiker Demokratien kriegsabstinent sein sollen. Während die empirische Forschung zur Theorie des demokratischen Friedens sich ausgiebig mit dem Krieg auseinandergesetzt hat und zeigen kann, daß und warum Demokratien per se friedlicher als Autokratien sind, zumindest untereinander kaum Kriege führen, hat sie die blinden Flecke nicht aufhellen können. Wenn Demokratien Krieg führen, ist das einfach nur Krieg mit allen Schrecklichkeiten, oder ist ein demokratischer Krieg etwas moralisch Hochwertigeres? Lauert hinter dem demokratischen Krieg der Eifer des Missionarismus? Und ferner: Was folgt auf den demokratischen Krieg? Was ist unter der iusta pax des Thomas von Aquin zu verstehen?

Meine Damen und Herren - nach dieser langen Einleitung begrüße ich Sie wie immer ganz herzlich im Namen meiner Mitveranstalter Karl Ermert, Wilhelm Schmidt, Friedrich Weber und Helwig

Schmidt-Glintzer, dem Hausherrn der HAB und eigentlichem Gastgeber, und des Landesbüros Niedersachsen der FES zur heutigen Ausgabe der Wolfenbütteler Gespräche. Ihr Kommen ist unser Ansporn. Die Begrüßung führt mich zur Vorstellung des Referenten, der wie kaum jemand in Deutschland in der Lage ist, die fundamentale Frage, die sich aus der 4. Bedingung des Thomas von Aquin ergibt, zu beantworten.

Lothar Brock, Emeritus für Politikwissenschaft und immer noch Forschungsprofessor an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt - unter den fünf deutschen Friedensforschungsinstituten das renommierteste und jüngst in die Blaue Liste der Leibnitz-Institute aufgenommen - wurde 1939 im pommerschen Lauenburg geboren. Kindheit und Jugend waren geprägt durch den Ost-West-Konflikt, vielleicht eine Disposition für die Hinwendung zur Friedensforschung.

Flucht aus Pommern, zwei Jahre Internierungslager in Dänemark, aber auch früher Einblick in eine demokratische Gesellschaft durch den Schüleraustausch in den USA. Nach dem Studium am Otto Suhr-Institut der Freien Universität, damals hatten OSI und FU noch einen anderen Klang als später, zog es Brock wieder in die USA als Volontär bei der Menschenrechtskommission der OAS in Washington. Nach der Rückkehr Assistent bei meinem Vorgänger Gilbert Ziebura, der von Berlin nach Braunschweig berufen wurde. 1975 Promotion über ein entwicklungspolitisches Thema mit Bezug zu Lateinamerika, das erstmals kritische Distanz gegenüber den USA erkennen ließ. Ziebura nahm Brock mit an den

Lehrstuhl A des damaligen Seminars für Politikwissenschaft und Soziologie der TU Braunschweig, wo er von 1974-1978 als Akademischer Rat und Oberrat wirkte. Kurz nach der Habilitation wurde er nach an die JWG in Frankfurt berufen. Dort ist er bis heute geblieben. Auch nach der Emeritierung 2004 engagiert er sich weiterhin in der Lehre.

Wissenschaftlich mehr in Erscheinung getreten ist er durch seine parallele Tätigkeit als Forschungsgruppenleiter an der HSFK (1981-2005). Hinzu kamen zahlreiche Forschungsaufenthalte in Mexiko, Indien, Peru, Brasilien und immer wieder den USA - so in Austin, Texas und am Center for European Studies der Harvard University in Cambridge, Mass. Er hat sich auch engagiert innerhalb und außerhalb des akademischen Betriebs durch die Mitbegründung des Projektbereichs Friedensforschung an der FU (1972), damals ein ganz neues Forschungsfeld, den Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung, die Mitgliedschaft im Council der International Peace Research Association, den Vorsitz der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt etc. etc.

Unter den vielen Projekten an der HSFK nenne ich nur „Kriege Demokratischer Staaten seit 1990“, bekannt geworden durch das Buch „Antinomien des demokratischen Friedens“, in der englischen Fassung mit dem Untertitel „Looking at the Dark Side of Democratic Peace“ (2006). Mit seiner Forschung liegt er mitten in unserem heutigen Thema.

Noch ein Wort zum Menschen Lothar Brock. Wir hatten in meiner Frankfurter Zeit drei Jahre unsere Büros im 16. Stock des maroden Frankfurter Uni-Turms. Lothar ist auch Familienvater, kleiner Bruder von Bazon Brock, Sänger im Kirchenchor, begnadeter Cartoonist, der als Moderator einer Konferenz den Vortragenden mit spitzer Feder portraitieren kann, vor allem Moderator, der nie polarisiert, der Brücken bauen will, selbst im Haifischbecken Universität auf der Suche nach dem gerechten Frieden ist. Zu seinem 60. Geburtstag erschien eine sehr persönlich gehaltene Festgabe unter dem Titel „Die Suche nach dem Guten“. Die Beitragenden haben sich bemüht, ihm dabei zu folgen.

Heute gehen wir auf die Suche nach dem gerechten Frieden. Ich verspreche Ihnen, Lothar Brock wird eine Antwort finden. Am Telephon hat er versprochen: „I do my very best“.